

Presseerklärung

100 Menschen bei Mahnwache zur Erinnerung an die Toten an Europas Grenzen

Gestern demonstrierten am Jahnplatz ca. 100 Personen in Gedenken an die vielen Toten an den Grenzen Europas. In verschiedenen Wortbeiträgen und Zitaten von Geflüchteten selbst wurde darauf hingewiesen, dass schon seit vielen Jahren Menschen auf der Flucht nach Europa sterben. In den einleitenden Worten wies deshalb Oezkan Aksoy vom AK Asyl e.V. auf die Verantwortung des europäischen Grenzsicherungssystem Frontex hin, das Menschen zu immer gefährlicheren Fluchtwegen treibt, weil es keine Wege mehr offen lässt. Diese Menschen sind aber vor Krieg, Verfolgung und Elend und aus existentiellen Gründen auf der Flucht. Laut Pro Asyl sind vor den Küsten Italiens, Maltas und Griechenlands von 1993 bis 2012 bereits mehr als 17.000 Menschen umgekommen. Ein Flüchtling schreibt dazu in einem verlesenen Bericht: *„Wir hatten nun diese tödliche Reise hinter uns. Hätten wir keine Probleme in unserer Heimat gehabt, hätten wir uns dann auf diese Reise gemacht?“*

Verantwortlich für die Nutzung gefährlicher Fluchtwege sind u.a. die rigiden Bedingungen der Familienzusammenführung, das Fehlen legaler Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge. Wenn Jugendliche aus Somalia nicht zu sorgeberechtigten Familienangehörigen einreisen dürfen oder syrische Flüchtlinge in überfüllten Camps in Libanon nicht zu ihren erwachsenen Kindern nach Deutschland nachkommen können, weil diese nicht in der Lage sind ausreichendes Einkommen nachzuweisen, ist diese Familientrennung ein Skandal. Und genau diese Situationen treiben Menschen auf die überfüllten Boote vor der Küste Lampedusas.

Dazu außerdem Kathrin Dallwitz vom AK Asyl: *„Weltweit werden die meisten Flüchtlinge von den armen Nachbarländern der Krisenregionen aufgenommen und nicht von den reichen Industriestaaten. Außerdem schottet gerade Deutschland sich durch das Dublin-Abkommen ab, das die Zuständigkeit bei dem ersten europäischen Land sieht, das Flüchtlinge betreten haben. So werden aktuell viele Flüchtlinge aus Deutschland nach Italien zurückgeschickt, wo katastrophale Aufnahmebedingungen und Obdachlosigkeit herrschen.“*

Am Ende einer einstündigen Kundgebung forderten die TeilnehmerInnen daher freie Einreisemöglichkeiten, die Abschaffung von Frontex und Dublin-Abkommen, keine Überstellungen nach Italien und anderswo und einen Stopp von Abschiebungen.